

Idsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamazeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis

monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.

Durch die Post bezogen:
vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg.
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 10.

Samstag, den 25. Januar

1919.

Politisches.

Die Friedenskonferenz.

Paris, 18. Jan. Die Friedenskonferenz trat gestern um 15 Uhr zusammen. Nach der Eröffnungsrede verließ Präsident Poincaré den Saal. Präsident Wilson schlug die Wahl Clemenceaus zum Vorsitzenden für die gesamte Dauer der Friedenskonferenz vor als Zeichen der Würde Frankreichs und Clemenceaus selbst. Lloyd George unterstützte diesen Antrag, indem er Clemenceau den größten Mann Frankreichs nannte. Sonnino unterstützte diesen Antrag ebenfalls. Clemenceau wurde einstimmig gewählt. Er dankte für die Wahl und drängte auf rasche, wirksame Durchführung des Friedensprogramms. Er fügte hinzu, er habe zwei Juristen bezüglich der strafrechtlichen Verantwortung des früheren Kaisers konsultiert. Jeder Delegierte würde eine Abschrift des darüber erscheinenden Berichtes bekommen. Clemenceau vertagte die Sitzung um 16.30 Uhr. Die Pressevertreter waren während des ganzen Vorganges im Konferenzsaal anwesend.

Clemenceau über die Friedensverhandlungen.

Paris, 17. Jan. (Havasmeldung.) In der Kammer sagte Ministerpräsident Clemenceau am Donnerstag nach der Verlesung der Interpellationen der vereinigten Sozialisten u. a.: Die Arbeiten der Friedenskonferenz werden im Geiste der Herzlichkeit und vollkommenen Versöhnlichkeit fortgesetzt. Die Regierung beabsichtigt nicht, ihre Politik gegenüber Rußland zu ändern. Bei Erwähnung der Tatsache, daß sich bei der Konferenz Anstimmigkeiten geltend gemacht hätten, erklärte Clemenceau: Wenn es nicht verschiedene, bisweilen sogar entgegengesetzte Meinungen gäbe, brauchte man nicht erst zusammenzutreten. Wir sind gerade deshalb zusammengetreten, um die verschiedenen Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Tausende von Fragen werden aufgeworfen. Zum erstenmale vereinigen sich die Abgeordneten aller Nationen der Welt, zum erstenmale ist der Gedanke aufgetreten, sich über mehr oder minder kleinliche Erwägungen zu erheben, um zu versuchen, die Bedingungen eines allgemeinen Friedens zu schaffen, der eine ruhige Entwicklung der Zivilisation gewährleistet. Das ist ein großes, schwer zu verwirklichendes Ziel.

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.
Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Was wünschen Sie?“ lautete die etwas mürrische Frage.

„Ich bitte um Entschuldigung, ich las, daß hier ein Mädchen gesucht wird.“

Das fleischige, dicke Gesicht nahm einen interessierten Ausdruck an.

„Dawohl, wir suchen ein Mädchen.“

Sie musterte die vor Stehende von oben bis unten und ließ sie dann eintreten.

„Sie sind es selbst, die sich um die Stelle bewirbt?“

„Dawohl gnädige Frau.“

„Um, können Sie denn die häuslichen Arbeiten verrichten? Das heißt, ganz grobe Arbeiten, wie waschen, seggen und dergleichen brauchen Sie ja nicht zu tun, dazu habe ich eine Aufwartefrau; ich brauche ein Mädchen, das bügeln, etwas nähen und bei unseren kleinen wöchentlichen Gesellschaften gewandt servieren kann, sowie für meine beiden Töchter eine Art Zofe abzugeben imstande wäre, und was dergleichen Hilfsleistungen mehr sind. Schwer ist der Dienst ja nicht, und Sie würden mir gefallen, denn es macht immer einen guten Eindruck, ein hübsches, properes Mädchen zu haben. Wenn meine Töchter einverstanden sind, so können Sie die Stelle gleich antreten.“

Dem jungen Mädchen flimmerte es vor den

Die Lebensmittelversorgung.

200 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Schweinefleisch.

Die am 17. Januar in Trier getroffene Vereinbarung betreffend Erleichterung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland unter Verwendung deutscher Tonage enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Die gesamte deutsche Handelsflotte, einerlei, wo die Schiffe sich befinden, ist zur Versorgung Europas mit Lebensmitteln sofort zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich hierbei um Passagier- und Frachtdampfer mit Ausnahme derjenigen Schiffe, die durch eine von den verbündeten Regierungen eingesetzte Kommission freigegeben werden. Die Verwaltung der Schiffe und die Regelung des Verkehrs unterliegen einer von den verbündeten Regierungen zu errichtenden Behörde. Die deutschen Schiffe sollen in vollständig ausgerüstetem Seezustand in den von den Verbündeten festgesetzten Häfen übergeben werden. Es ist anzunehmen, daß die Schiffe unter der Flagge einer der verbündeten Mächte fahren müssen. An Lebensmitteln soll Deutschland vorerst erhalten etwa 200 000 Tonnen Brotgetreide* und 70 000 Tonnen Schweinefleisch, doch kann ein Teil der vorerwähnten Lebensmittel durch kondensierte Milch ersetzt werden. Für weitere Zuweisung von Lebensmitteln entscheidet der oberste Kriegsrat der Verbündeten.

Aus nah und fern.

Idstein, den 24. Januar 1919

Wahlen für die preussische Landesversammlung. Für die nächsten Sonntag stattfindenden Wahlen zur preussischen Landesversammlung wurden 6 Wahlvorschläge eingereicht: 1. Gebelshaus (Dtsch. Volkspartei), 2. Gräf, (Rechtssozialdemokratie), 3. Rade (Deutsche demokratische Partei), 4. Ritter (Deutsch-National), 5. Schwarz (Zentrum), 6. Sander (Unabh. Sozialdemokratie). Die Vorschläge 1, 4 und 5 sind verbunden.

Postverkehr. Vorerst sind nur Dienst- und Geschäftsbriefe aus dem besetzten Gebiet nach dem nicht befestigten Deutschland und dem neutralen Ländern zugelassen. Es empfiehlt sich diese Sendungen in der äußeren Aufschrift entsprechend zu bezeichnen, also etwa „Verwaltungssache“, „Geschäftsbrief“.

Augen. Ihre Töchter! Sicher wohnte hier die schöne Berta Manders! Maria sann hin und her, einen Vorwand zu finden, um wieder entschlipfen zu können. Es fiel ihr nichts ein. Wenn die Töchter einverstanden waren, dann mußte sie vorerst hier bleiben. Und doch wieder durchzuckte sie ein Gedanke, der ihr das Blut in die Wangen trieb. Hier würde sie wahrscheinlich öfter Gelegenheit haben, ihn zu sehen, seine Stimme zu hören, und das genügte schon, sie zu beglücken.

Die Dame des Hauses öffnete eine Tür und rief: „Berta, mein Kind, komm ein Augenblick herein!“

Ein lautes Gähnen antwortete.

„Ach, Mama, was willst Du denn schon wieder? Ich bin eben erst aufgestanden und noch nicht angezogen.“

„Aber das macht nichts, Kindchen! Du sollst schnell mal das neue Mädchen ansehen, das bei uns in Dienst treten möchte. Ich will ohne Dich keine Entscheidung treffen.“

„Ach so“, klang es gleichgültig zurück, „nun ja, ich komme schon.“

Es dauerte aber noch eine ganze Weile, ehe die Erwartete kam. Endlich erschien sie in sehr nachlässiger Toilette, nur mit dem Notwendigsten bekleidet. Die unsauberen Spitzen ihres verschlossenen Morgenrodes waren teilweise zerrissen. Die Füße steckten in weiten Filzpantoffeln, das Haar war noch völlig unfrisiert. Maria traute ihren Augen kaum. Konnte es denn möglich sein, daß das hier dieselbe Dame war, die bei Kommerzienrat Helb alle durch ihre Schönheit entzückt hatte? Was für Toilettenkünste

— Persönliches. Herr Lehrer Keller, ein geb. Wörsdorfer, seither in Salzburg auf dem Westerwald, wurde mit dem 15. Januar nach Idstein verlegt.

— Rückkehr unserer Schwerverwundeten. Zu den Verhandlungen über die Zurückführung der deutschen Schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen aus den Ländern des Verbundes bringt der Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 5. Januar eine erfreuliche Kunde: Der deutsche Vorsitzende wies darauf hin, wie sehr die quälende Ungewißheit besonders auf die deutschen Schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen drückte, wenn man ihnen nicht eine Aussicht auf Heimbeförderung machen könne. Der französische Vorsitzende antwortete: Wenn die Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen, wie ich hoffe und wie vereinbart worden ist, gegen den 15. Januar beendet sein wird, sehe ich nicht ein, warum nicht Ihre Schwerverwundeten Kriegsgefangenen bis Ende dieses Monats heimgeführt sein sollen.

— Kriegsanleihe. Die Reichsbank hat den Kurs, zu dem sie kleinere Beträge deutsche Kriegsanleihe aufnimmt, mit Wirkung ab 15. ds. Mts. weiter, und zwar auf 92.10 Prozent herabgesetzt, d. h. also um 2 Prozent. Damit nähert sich der Aufnahmefuß der Reichsbank bis auf eine nicht mehr sehr bedeutende Spanne dem im freien Verkehr für größere Beträge Kriegsanleihe erzielten Kurs. Der Handel mit deutschen Kriegsanleihen wird vom 16. Januar an, mit Ausnahme der eigenen Bestände der Banken, freigegeben. Mindestverkaufspreise fallen von diesem Tage an fort.

— Zwei Kriegssteuern. Aus dem vorläufigen Steuerprogramm der Regierung, das kürzlich der Staatssekretär Schiffer in seinen Grundzügen der Öffentlichkeit unterbreitet hat, werden nunmehr zwei Gesetzentwürfe veröffentlicht, die noch der Beschlussfassung durch die Bundesstaaten und die späteren gesetzgebenden Faktoren unterliegen. Der erste Gesetzentwurf betrifft eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Jahr 1919. Es handelt sich hierbei, von einigen Abweichungen abgesehen, um einer Wiederholung der Kriegsabgaben, wie sie für das Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung gelangte. Der Entwurf enthält die Abgabepflicht der Einzelpersonen und die der Gesellschaften.

waren nötig, um dies fertig zu bringen? Und wie viel Zeit mußte es erfordern, bis diese gelblich schimmernde Haut sich in das schneeweiße Weiß verwandelte, das die Dame in Gesellschaft zeigte?

Auch Fräulein Berta Manders schien höchst überrascht beim Anblick Marias.

„Ich glaube, wir haben uns schon einmal irgendwo gesehen!“ sagte sie langsam, in schlep-pendem, nachlässigem Ton. „Wo war das doch gleich?“ Sie beobachtete Maria dabei unter den halbgeschlossenen Lidern hervor mit einem fast lauernden Blick.

„Bei Herrn Kommerzienrat Helb“, antwortete das junge Mädchen und schlug die Augen zu Boden.

„Ach richtig. Sie spielten damals Violine, wenn ich nicht irre, aber was hat sie denn dazu gebracht, ich meine, weshalb müssen Sie jetzt in fremde Dienste gehen? Man sagte mir doch, Sie lebten bei Ihrem Vater.“

Maria senkte den Kopf noch tiefer. Es wurde ihr unendlich schwer, hier von ihren häuslichen Sorgen zu reden. Sie kam sich so sehr gedemütigt vor.

„Mein Vater war beim Theaterorchester engagiert“, begann sie zaghaft, „es ging ihm nicht gut diesen Winter, und da er öfters absagen mußte, so —“

„So hat man ihn entlassen — wie?“ vollendete die junge Dame, als Maria stockte. „Na freilich, da mußten Sie etwas zu verdienen suchen, ich kann es mir denken. Das geht gewöhnlich so. Können Sie denn etwas Ordentliches?“

Das klang sehr hochmütig. (Fortf. folgt.)

Die Einzelpersonen haben vom Mehreinkommen und Vermögen eine Abgabe zu zahlen. Mehreinkommen ist der das Friedenseinkommen übersteigende Einkommenbetrag. Als Friedenseinkommen gilt das steuerpflichtige Einkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der letzten Jahresveranlagung vor Ausbruch des Krieges zur Einkommensteuer veranlagt ist, also im allgemeinen das Steuerjahr 1914. Beträge bis zu 3000 Mark bleiben steuerfrei. Wenn das veranlagte Einkommen im Kriegsjahre niedriger als 10 000 Mark war, so wird als Friedenseinkommen der Betrag von 10 000 Mark angenommen. Die Abgabe vom Vermögen wird nur erhoben bei Beträgen von mehr als 100 000 Mark. Die Kriegsbesteuerung der Gesellschaften betrifft bekanntlich den Mehrertrag des fünften Kriegsjahres. Dieser wird nach der bei den früheren Kriegsteuern gebrauchten Weise festgesetzt. Bei den Gesellschaften, bei welchen das Geschäftsjahr das Kalenderjahr ist, ist das fünfte Kriegsjahr das Jahr 1918. Die Höchstabgabe ist bekanntlich mit 80 v. H. bei einer Million Mark Mehrertrag vorgesehen. Neben diesem Gesetzentwurf, der das Mehreinkommen und das Vermögen der Einzelpersonen sowie den Mehrertrag der Gesellschaften besteuert, sieht der zweite Entwurf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vor, und zwar von dem Vermögenszuwachs, der in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis zum 31. Dezember 1918 eingetreten ist. Damit soll die Kriegsgewinnbesteuerung der Einzelpersonen abschließend geregelt werden, während dies für die Gesellschaften bereits durch den Entwurf des Kriegsabgabengesetzes für 1919 vorgesehen ist. Nunmehr wird noch einmal, und zwar jetzt der ganze Zeitraum vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918, erfasst, doch wird die auf Grund der Gesetze vom 21. Juni 1916 und 9. April 1917 erhobene bzw. vorgesehene Steuer von dem auf Grund des neuen Steuergesetzes zahlungspflichtigen Betrag in Abzug gebracht. Abgabepflichtig sind mit dem gesamten steuerbaren Vermögen im wesentlichen die Angehörigen des Deutschen Reiches mit Ausnahme derer, die sich mindestens seit dem 1. Jan. 1914 im Ausland aufhalten, ohne einen Wohnsitz im Deutschen Reich zu haben, und Ausländer, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder ihren dauernden Aufenthalt haben. Abgabepflichtig sind ferner mit dem Zuwachs an dem inländischen Grundvermögen (Grundstücke, einschließlich des Zubehörs) und mit dem Zuwachs an dem inländischen Betriebsvermögen (dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder einem Gewerbe dienenden Vermögen) alle natürlichen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt. Für die Berechnung des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1913 ist das für die Berechnung des Wehrbeitrages festgestellte Vermögensvermögen vom 31. Dezember 1918 geschieht nach Maßgabe des Besitzsteuergesetzes, wobei aber wesentliche Abweichungen zu berücksichtigen sind. Sie laufen darauf hinaus, daß von dem nach dem Besitzsteuergesetz festzustellenden Vermögen auf der einen Seite gewisse Beträge abzusetzen sind, was steuermäßig wirkt, während auf der anderen Seite Beträge hinzugerechnet werden müssen, wodurch sich die Steuer erhöht. Diese besonderen Abzugsrechte betreffen u. a. zunächst sogenannte Ererbungen von Todes wegen. Jeder durch Erbschaft oder durch Vermächtnis erworbene Vermögenszuwachs soll grundsätzlich steuerfrei bleiben, darf also von dem Vermögensstande vom 31. Dezember 1918 in Abzug gebracht werden. Die Zulassung des Abzugs der von Todes wegen angefallenen Vermögenssteile hat zur Folge, daß der dadurch bei den Steuerpflichtigen entstandene Vermögenszuwachs nicht als solcher versteuert wird. Die Kriegsabgabe wird nur von dem den Betrag von 3000 Mark übersteigenden Vermögenszuwachs erhoben. Das Ziel ist (besonders nach dem ungünstigen Ausgang des Krieges, der weiten Kreisen der Bevölkerung große Verluste gebracht hat), die Gewinne die aus dem Kriege und während des Krieges erzielt worden sind, der Allgemeinheit zuzuführen. Die Bestimmungen über die Veranlagung und Erhebung der Abgabe sollen nur eine vorläufige Regelung treffen und werden im Anschluß an die in Vorbereitung befindliche Reichsabgabenordnung noch wesentlich und insbesondere in der Richtung zu verbessern sein. Den Steuerbehörden werden weitgehende Befugnisse zur einwandfreien Feststellung des Vermögens und Vermögenszuwachses eingeräumt. Der Entwurf sieht u. a. auch wieder einen Generalpardon vor, d. h. die Möglichkeit für Steuerpflichtige, die bisher unrichtige Steuerklärungen abgegeben haben, diese nunmehr zu berichtigen, ohne eine Bestrafung oder die Verpflichtung zur Nachzahlung der bisher zu wenig entrichteten Steuer erwarten zu müssen. — Aus den Schlussmitteilungen der Regierung ist schließlich noch hervorzuheben, daß der Teil des Entwurfs, der sich mit der Abgabe vom Vermögen der Einzelpersonen beschäftigt, nicht Gesetz werden soll, wenn die große einmalige Abgabe vom Vermögenszuwachs die Zustimmung der zur Gesetzgebung zu berufenden Organe finden wird.

Frankfurt, 19. Jan. Der Mann, der vor kurzem den Schuhmann Gieselberg erschossen hat, wurde verhaftet. Es ist der 25jährige Schlosser Hermann Adam aus Lössenau in Württemberg. Dort erfolgte seine Festnahme. Adam soll bereits hiesigen Kriminalbeamten, die sich nach Lössenau begaben, um Adam nach Frankfurt zu transportieren, ein Geständnis abgelegt haben.

Mainz, 17. Jan. Die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche im mittleren Rheingebiet und besonders in Rheinhessen und im Niederrhein nimmt nachgerade höchst bedenkliche Formen an.

Mainz, 18. Jan. Nach der Mitteilung eines Stadtverordneten sind hier an Arbeitslosen 6000 männliche und 3000 weibliche Personen.

Homburg v. d. H., 18. Jan. Bei einem Schuhmacher im Vorort Kirdorf förderte eine Hausfuchung mehrere hundert Paar Militärschuh aus Tageslicht, die der Meister „unter der Hand“ erworben hatte. Die ganze Bescherung wurde beschlagnahmt.

Elstville, 20. Jan. Der Stadtverordnetenvorsteher Abt dahier hat den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung infolge von Differenzen mit dem Bürgermeister Dr. Reutner niederlegt.

Von der Mosel, 18. Jan. Wie ferner Geschichtsdarsteller vernimmt man im Moseltal und auf den Höhen die Sprengungen der schweren Unterstände an der Westfront. Sie bilden das Finale in dem gewaltigen völkermordenden Drama.

Von der Mosel, 20. Jan. Dieser Tage traf von Koblenz kommend der Prinz von Wales in Cochem ein. Er verbrachte den Mittag auf Burg Cochem und fuhr abends nach Trier weiter.

Das Wahlergebnis.

Berlin, 22. Jan. (B. V.) Nach den nichtamtlichen Meldungen können jetzt als gewählt gelten insgesamt 421 Abgeordnete (ohne Elsaß-Lothringen) aus 37 Kreisen. Auf die Parteien verteilen sich die Abgeordneten folgendermaßen:

Zentrum	91
Deutsch-nationale Volkspartei	83
Deutsche Volkspartei	24
Deutsch-demokratische Partei	76
Sozialdemokratie	164
Unabhängige	23

Es entfallen außerdem im Wahlkreis Schleswig-Holstein (14) ein Abgeordneter auf den Bauernbund und die Landarbeitervereinigungen, im Wahlkreis Hannover (16) ein Abgeordneter des braunschweigischen Bundeswahlvereins. Außerdem sind je zwei bairische Bauern: Löhner in Oberbayern (74) und Niederbayern (25), ein Nationalliberaler und Mittelpartei in Franken, zwei Bauernbund, Weingärtner- und Bürgerpartei in Württemberg (31-32) und eine Welfe in Hamburg (37) gewählt.

Die Mehrheit der 421 gewählten Abgeordneten beträgt 211, so daß sich die bürgerliche Mehrheit auf 234 gegen 187 Sozialdemokraten (Rechtssozialisten und Unabhängige) stellt. Damit ist der Sieg des Bürgertums mit 47 Stimmen Mehrheit bei den Wahlen entschieden worden. (Rheinische Volkszeitung.)

Bekanntmachung

Für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung werden im 19. Wahlkreis nachstehende

Wahlvorschläge und ihre Verbindungen

zugelassen:

1. Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebeschus, Hanau a. M.
2. Dr. Wilh. Ferdinand Kalle, Chemiker, Biebrich a. Rh.
3. Landwirt und Bürgermeister Georg Thielmann, Flacht (Unterlahnsteins)
4. Rektor Wilhelm Schwarzhaupt, Frankfurt a. M.
5. Fabrikant und Stadtverordn. Hermann Humbert, Wehlar
6. verzw. Frau Professor Naemi Joseph, geb. Candidus, Marburg
7. Stadtbauinspektor Hans Baer, Frankfurt a. M.
8. Rottenführer Theodor Schröder, Decholzhausen bei Limburg
9. Uhrmacher Ernst Gerlach, Wehlar
10. Kaufmann und Stadtverordnetenvorsteher H. Weyel, Dillig
11. Lehrerin Thella Jgen, Wiesbaden
12. Bürgermeister Otto Klein, Melsungen
13. Rektor Philipp Kern, Bad Homburg v. d. H.
14. Amtsgerichtsrat Fischer, Widen bei Hanau
15. Bergmann Jakob Finf, Wälder bei Wehlburg
16. Hüttendirektor Hermann Schröder, Nievernshütte bei Ems
17. Hauptlehrer D. Hofmann, Garbenheim, Kr. Wehlar
18. Werkmeister Gustav Giller, Staatsbahnwerkstätten, Limburg
19. Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Kassel
20. Landwirt und Stadtrat Georg Christian, Unterliederbach
21. Kassakdirektor Dr. Küchenthal, Belnhausen
22. Bankbeamter Gustav Vogel, Frankfurter Viehmarktsbank, Frankfurt a. M.

II. Wahlvorschlag Gräf:

1. Gräf, Eduard, Arbeitersekretär, Frankfurt a. M.
2. Hanschild, Richard, Stadtverordneter, Kassel
3. Schreiber, Eduard, Goldarbeiter, Hanau
4. Weber, Andreas, Schmied, Griesheim
5. Egg, Anna, Ehefrau, Frankfurt a. M.
6. Grzesinski, Albert, Gewerkschaftssekretär, Kassel
7. Häse, Otto, Gewerkschaftsbeamter, Wiesbaden
8. König, Christoph, Lehrer, Frankfurt a. M.
9. Wittich, Heinrich, Parteisekretär, Frankfurt a. M.
10. Jordan, August, Rentant, Kassel
11. Wittrodt, Christian, Privatsekretär Kassel
12. Rande, Artur, Werkmeister, Schlüchtern
13. Krug, Adam, Kreisinspektor, Bilschheim
14. Walter, Anton, Privatbeamter, Soden (Taunus)
15. Köhler, Karl, Mechaniker, Wehlar
16. Schmidt, Marie, Frau, Hanau
17. Quadt, Louis, Stadtverordneter, Wigenhausen
18. Göller, Romanus, Kassenbeamter, Frankfurt a. M.
19. Meier, Jakob, Kraner, Oberwehren
20. Scheffler, Georg, Fabrikarbeiter, Biebrich a. Rh.
21. Otto, Adam, Schriftfeger, Marburg
22. Oppermann, Heinrich, Landwirt und Gärtner, Dörfhausen.

III. Wahlvorschlag Kade:

1. Dr. theol. Martin Kade, Pfarrer a. D., Universitätsprofessor, Marburg a. L.
2. Heinrich Ehlers, Kaufmann, Frankfurt a. M.
3. Heinrich Kimpel, Lehrer, Kassel
4. Emil Goll, Gastwirt, Frankfurt a. M.
5. Dr. Ludwig Heilbrunn, Rechtsanwalt, Justizrat, Frankfurt a. M.
6. Albert König, Oberbahnassistent, Kassel
7. Julie v. Köstner, Schulvorsteherin a. D., Kassel
8. Karl Friedr. Forst, Landwirt, Niederneisen b. Diez
9. Dr. Hans Trumpler, Handelskammer-Syndikus, Frankfurt
10. Karl Hild, Oberbürgermeister, Hanau
11. Robert Büchting, Landrat, Limburg a. L.
12. Wilhelm Jüngst, Mechaniker, Herborn
13. Friedr. Hardt, Eisenbahnwerführer, Frankfurt a. M.
14. Meta Gadesmann, Privatangehörige, Frankfurt a. M.
15. Karl von der Emden, Obermeister der Glaserinnung, Frankfurt a. M.
16. Dr. Max Kuchbaum, Rechtsanwalt, Hanau
17. Dr. Klingelhöfer, Landwirt, Knechtel b. Wetter
18. Dr. Wilhelm Wendlandt, Syndikus, Berlin
19. Friedrich Walter, Seminaroberlehrer, Schlüchtern
20. Paul Kuhne, Kapazierergeselle, Kassel
21. Adolf Weitz, Landwirt, Rademühl (Dillkreis)
22. Balthasar Wilm, Eisenbahnassistent, Fulda.

IV. Wahlvorschlag Ritter:

1. Dr. Karl Ritter, Pfarrer Niederwehren
2. Schriftfeller Ludwig Berner, Niederlaufungen und Berlin-Schöneberg
3. Lokomotivführer Friedrich Beck, Kassel
4. Lehrer Harry Blume, Kassel
5. Bürgermeister Friedr. Wilh. Neu, Selters b. Wehlburg
6. Privatbeamter Julius Schellin, Frankfurt a. M.
7. Studienrat Heinrich Hofmann, Kassel
8. Frau Dr. phil. Christiane Rewald, Marburg a. L.
9. Eisenbahnarbeiter Peter Gerhard, Dillenburg
10. Buchhändler August Sonnenschein, Marburg a. L.
11. Schmiedemeister Jakob Stehl, Treysa
12. Defan Georg Adam Christian, Biedenkopf
13. Landwirt Wilh. Claus Dr. Kavalhausen Kr. Hanau
14. Oberpostassistent Nikolaus Feil, Kassel
15. Landwirt und Gemeindevorsteher Adam Tsch, Kybach (Kreis Wehlar)
16. Amtsgerichtsrat Joh. Karl Dengsberger, Schlüchtern
17. Hausfrau Lehrerin Hilba Georgi, Frankfurt a. M.
18. Landwirt Adolph, Daborn (Taunus)
19. Studienrat Ernst Gerland, Homburg v. d. H.
20. Oberlehrer Dr. Hans Weber, Marburg a. L.
21. Oberrealschuldirektor Dr. Wilhelm Israel, Oberufel.

V. Wahlvorschlag Schwarz:

1. Jean Alb. Schwarz, Mittelschullehrer, Frankfurt a. M.
2. Andreas Rhiel, Amtsgerichtsrat, Fulda
3. Heinrich Dertzenrath, Redakteur, Limburg a. L.
4. Konrad August Brinnenberg, Rechnungsrat, Fulda
5. Oskar Wentrup, Rechtsanwalt, Montabaur
6. Hermann Joseph Weil, Maurermeister u. Bauunternehmer, Oberlahnstein
7. Dr. Otto Dindrichs, Kreisphysikus, Dörfel a. M.
8. Johann Weimer, Ausläufer, Hanau, Langstr. 25
9. Karl Sunkel, Regieremeister, Fulda
10. Georg Rompel, Landwirt und Bürgermeister, Lindenhofhausen
11. Gg. Gotthardt, Volksvereinssekretär, Frankfurt a. M., Hebelstraße 62
12. Peter Schmitt, Lehrer, Fulda
13. Leopold Kuppel, Amtsrichter, Camberg (Rassau)
14. Dr. med. Caspar Müller, Arzt, Ransbach (Westerwald)
15. Frau Helene Dux, Fulda, Adersstraße 29
16. Ludwig Lindecker, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M., Scheffelstraße 5
17. Emil Agert, Pfarrer, Fulda
18. Alois Hild, Pfarrer, Niederlein
19. Wessel, Bürgermeister u. Landwirt, Bidingen (Obernassau)
20. Wilh. Rüdling, Landwirt, Woppenhausen (Rhön)
21. Adam Dill, Lokomotivführer, Limburg a. L.
22. Damian Deurich, Landwirt, Rommerz bei Reulhof.

VI. Wahlvorschlag Sender:

1. Toni Sender, Handlungsgehilfe, Frankfurt a. M., Adlerstraße 11
2. Heinrich Hüttmann, Gewerkschaftsbeamter, Frankfurt a. M., Lützenstraße 115
3. Friedrich Schnellbacher, Parteisekretär, Hanau, Wehlstr. 2a
4. Rich. Wid, Lagerhalter, Oberufel, Eppsteinerstr. 2a
5. Jaf. Greis, Betriebsleiter, Wiesbaden, Balkenstr. 20
6. Dr. Dietel, Eisenbahnhandwerker, Frankfurt a. M., Rothheimerstraße 16
7. Frau Elisabeth Schulz, Frankfurt, Reichelderstr. 98
8. Georg Bedenbach, Metallarbeiter, Brunnhagen
9. Fridolin Arndt, Malermeister, Fulda, Leipzigerstr. 4
10. Karl Pöschmann, Dreher, Volksanger, Kasselstr. 54
11. Georg Bernhardt, Gewerkschaftsbeamter, Frankfurt, Marburgerstraße 16
12. Heinrich Kupp, Fabrikarbeiter, Herborn (Dillkreis), Wehlstraße
13. Richard Köster, Tischler, Marburg, Negerbach 30
14. Dr. Zimmermann, Förner, Niedernhausen, Schulstr.
15. Robert Dörmann, Bezirkssekretär, Frankfurt a. M., Adlerstraße 11
16. Otto Schmidt, Schreinermeister, Saunbach, Kreis Wehlar, Hauptstraße 154
17. R. Lang, Elektromonteur, Frankfurt, Leipzigerstr. 7
18. Fritz Schweig, Schleifer, Rodelheim bei Frankfurt, Riddagaustraße 58
19. Rosa Ottensojer, Handlungsgehilfin, Frankfurt a. M., Weberstraße 25
20. Heinrich Kehl, Zimmerer, Biebrich, Kurfürstenstr. 4
21. Albert Köppe, Lackierer, Frankfurt, Bergerstr. 20 IV
22. Fr. Gdbner, Lagerhalter, Wiesbaden, Dohsenstr. 94

Verbunden sind die Wahlvorschläge

I. Gebeschus, IV. Ritter, V. Schwarz.
In der Auswahl der Bewerber ist der Wähler beschränkt, indem die Namen auf den einzelnen Stimmzettel nur einem einzigen der öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnommen sein dürfen. Er muß sich also zu einem dieser Wahlvorschläge bekennen.
Die verbundenen Wahlvorschläge bleiben bei der Wahl selbstständig. Auch hierbei dürfen nur Namen aus einem einzigen Wahlvorschlag entnommen werden. Erst bei Verteilung der Abgeordnetenliste gelten die verbundenen Wahlvorschläge den anderen Vorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Kassel, den 20. Januar 1919.
Der Wahlaustrich
des 19. Kreises für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

von Lenz, Beckmann, Leineweber, Weitz, Winter.

Wird veröffentlicht. Abdruck dieser Bekanntmachung ist während der Wahl am Wahltag im Wahlraum anzulegen.

Langenschwalbach, den 23. Jan. 1919.

Der Landrat: von Trotha.

Bekanntmachung.

Zum Umtausch der alten Personalausweise (vorher nur für solche, welche außerhalb der Stadt zu tun haben) ist die Nummer der früheren Karte auf die rote zu schreiben. Der Text ist erst deutsch und dann französisch auszufüllen.

Idstein, den 24. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Fleischverkauf.

Samstag wird verkauft in den Geschäften von Baum, Dambeck, Heß, Hoffmann, Reichard, Roos und Schütz:

Fleisch das Pfd. 2.20 M.
Wurst " 1.80

Der Verkauf ist wie folgt geregelt:

Buchstabe	S	nachm.	1 Uhr
"	T U B W Z	"	1 1/2 "
"	A B	"	2 "
"	C D E F	"	2 1/2 "
"	G H	"	3 "
"	I K	"	3 1/2 "
"	L M	"	4 "
"	N O P Q	"	4 1/2 "
"	R	"	5 "

Fuhrleistung=Vergebung.

Das Anfahren von ca. 650 cbm Bruchsteine aus dem fiskalischen Steinbruch am Engenhahnerpfad nach dem Ziegelhüttenweg (von der Ziegelhütte nach dem Wald) soll vergeben werden und sind Angebote bis zum 29. ds. Mts. bei uns einzureichen.

Holzabgabe.

Gemäß Beschluß der städtischen Körperschaften wird auch für das laufende Wirtschaftsjahr aus dem Stadtwald an jede Haushaltung ein halbes Klafter buchen Brennholz freihändig für den Preis von 35 — fünfunddreißig — Mark für Scheit- und 25 — fünfundzwanzig — Mk. für Knüppelholz abgegeben. Das Holz wird verlost und soll daselbe mit Ausnahme der Haushaltungen, welche eigenes Fuhrwerk haben, womöglich aus den bei der Stadt belegenen Waldungen abgegeben werden. Die Versteigerten erhalten das Holz aus dem Distrikt Steinritsch. Sämtliches Holz wird ausgelost und ist eine Wahl zwischen Scheit- und Knüppelholz nicht zulässig. Jede Haushaltung, welche auf diesen Holzbezug Anspruch erhebt, hat sich dieser Verlosung zu unterwerfen. Da das Holz zum größten Teile zu Klästern geformt ist, wird ein Klafter unter zwei Haushaltungen verlost und haben dieselben sich hierin zu teilen.

Ältern und Kinder bzw. Schwiegereltern, welche gemeinsamen Haushalt führen, und zusammen wohnen, gelten als eine Familie. Die ausgearbeiteten

Anmeldeformulare sind ausgefüllt bis zum 27. ds. Mts. in den Briefkästen des Rathauses einzuwerfen; spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt. Minderbemittelte Familien, welche sich als solche bei uns melden, erhalten ein halbes Klafter Knüppelholz für den ermäßigten Preis von 20 Mk. und arme Familien unentgeltlich zwei Raummeter buchen Reiserknüttel.

Idstein, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Sozialdemokratische Mehrheitspartei Idstein.

Samstag, den 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
findet im Hotel „Lamm“ eine

öffentliche

Versammlung

statt, in welcher der Wiesbadener Parteisekretär spricht über das Thema

Warum sind wir Sozialdemokraten und müssen demgemäß wählen.

Alle Wähler und Wählerinnen sämtlicher Parteien werden zu einem recht zahlreichen Besuche eingeladen. Freie Diskussion.

Die Sozialdemokratische Mehrheitspartei
Idstein.

Schreinerlehrling

wird in die Lehre genommen von
Karl Römer, Schreinermeister, Idstein.

Handwerker

39 Jahre, Witwer mit 3 Kindern, 4—10 Jahre alt, wünscht mit einem soliden Mädchen od. Witwe im Alter von 30—40 Jahren bekannt zu werden, zwecks späterer Heirat. Bild erbeten. Offerten unter Nr. 115 an den Verl. ds. Blattes.

Holzversteigerung

Freitag, den 31. Januar, vormittags 9 Uhr,
kommt im hiesigen Gemeindewald

Distrikt 14 Breitheck,

folgendes Gehölz zur Versteigerung:

98 rm buchen Kollschicht
167 " " Scheit
84 " " Knüttel
4800 buchen Wellen
5 Stämme.

Zusammenkunft an der Saatschule.

Ehrenbach, den 23. Januar 1919.

Rücker, Bürgermeister.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 28. ds. Mts., vormittags
10 Uhr anfangend, kommt im Eschenhahner Ge-
meindewald

Distrikt Rohlberg 16a

nachstehendes Holz zur Versteigerung:

106 Raummeter buchen Scheit
137 " " Kollschicht
104 " " Knüttel und
2445 Stück dergl. Wellen.

Der Anfang wird bei Holzstoß No. 11 un-
mittelbar an der Siebenhügelstraße gemacht.

Eschenhahn, den 22. Januar 1919.

Thomae, Bürgermeister.

Um nächsten Sonntag ist die

**Volks- und Gewerbe-
bücherei geschlossen.**

Die Verwaltung.

Junger Geselle

gesucht. Ludwig Michel, Schmiedemeister.

Kirchliche Nachrichten.

Goang. Kirche zu Idstein.

Sonntag, den 26. Januar 1919, 3. Sonntag n. Epiphan.
Vormittags 10 Uhr. Lied: 296, 1—3, 4—6, Vers 7.
Pfarrer Moser.

Abends 5 Uhr. Lied: 284, 1—4, 315, 3 und 8.
Dejan Ernst.

Katholische Kirche zu Idstein.

Sonntag, 26. Januar, 3. Sonntag nach Epiphanie:
Morgens Hochamt mit Predigt, nachmittags Christenlehre
und Michaels Bruderschaftsandacht mit sakramentalischem
Segen.

Pfarrer Bucher.

Wähler und Wählerinnen!

In ernster Stunde werdet Ihr zur Entscheidung über die zukünftige innere Gestaltung Preußens aufgerufen.

Die Deutsche Volkspartei

wird auch in der

preußischen Landesversammlung

eintreten für das hohe Ziel der

Erhaltung und Stärkung unseres nationalen Selbstbewußtseins,
für Gleichberechtigung aller Staatsbürger auf sämtlichen Gebieten des
öffentlichen Lebens
für Erhaltung und Stärkung des städtischen und ländlichen Mittelstandes,
für Recht, Freiheit und Ordnung,
für Sicherung der hohen Kulturgüter unseres Volkes, der Kirche u. Religion.

Wer mit uns arbeiten und unseren Bestrebungen zum Siege verhelfen will, der wähle am 26. Januar

die Liste der Deutschen Volkspartei,

die Liste

Oberbürgermeister a. D. Eugen Gebeschus, Hanau a. M.
Dr. Wilhelm Ferd. Kalle, Chemiker, Viebrich a. Rh.
Landwirt Georg Thielmann, Flacht, (Unterlahnstein).
Rektor Wilhelm Schwarzhaupt, Frankfurt a. M.
Fabrikant und Stadtrordneter Herm. Humbert, Wehlar.
Herrn Frau Prof. Naemi Joseph, geb. Candidus, Marburg.
Stadtbauinspektor Hans Waeser, Frankfurt a. M.
Kraftfahrer Theod. Schröder, Hechholzhausen b. Limburg.
Uhrmacher Ernst Gerlach, Wehlar.
Kaufmann u. Stadtorordnetenvorsteher Aug. Wegel, Haiger.
Lehrerin Thekla Ilgen, Wiesbaden.

Bürgermeister Otto Gleim, Melsungen.
Rektor Philipp Kern, Bad Homburg v. d. H.
Amtsgerichtsrat Fischer, Bindecken b. Hanau.
Bergmann Jacob Fink, Münster bei Weilburg.
Hüttendirektor Hermann Schröder, Rievernerhütte b. Ems.
Hauptlehrer H. Hofmann, Garbenheim, Kr. Wehlar.
Berkmeister Gust. Giller, Staatsseisenbahnwerkst., Limburg.
Wilhelmine Brunsfeld, Geschäftsinhaberin, Kassel.
Landwirt Georg Christian, Un'ersiederbach.
Realschuldirektor Dr. Rüchenthal, Gelnhausen.
Bankbeamter Gust. Vogel, Jetf. Viehmarktsbank, Frankfurt.

Wähler und Wählerinnen!

Das alte preussische Dreiklassenwahlrecht, nach Bismarcks Ausspruch „das erbärmlichste aller Wahlssysteme“, ist hinweggesetzt; zum ersten Male soll eine preussische Landesvertretung nach demjenigen Wahlrecht gewählt werden, das auf dem demokratischen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Männer und Frauen beruht in gleicher, geheimer und direkter Wahl!

Die preussische Landesversammlung soll am Sonntag, d. 26. Januar, nach diesem neuen Wahlrecht wählen. Gewaltige Aufgaben von nie dagewesener Größe und Bedeutung stehen ihr bevor; sie entscheidet über das ganze künftige Gesicht Preußens und damit über das Wohl und Wehe seiner Staatsbürger. Ob Preußen als einheitlicher Bundesstaat erhalten bleiben oder in mehrere (acht) Einzelstaaten zerfallen werden soll, darüber wird diese Landesversammlung zu entscheiden haben. Rastlos wäre es Euch gleichgültig, ob Ihr etwa einem Großherzog oder einem Staat Rheinland-Westfalen zugeteilt würdet? Wäre es Euch gleichgültig, wenn eine rücksichtslose Zentr.-Mehrheit Eure seit einem Jahrhundert bewährte Simultanschule beseitigt und nicht mehr duldet, daß das katholische Kind friedlich neben dem evangelischen sitzt? Wäre es Euch gleichgültig, wenn eine ebenso rücksichtslose sozialistische Mehrheit jeden Religionsunterricht aus der Schule verbannt? Denn über alle diese Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche, der Volksbildung und der Schule entscheidet die verfassunggebende preussische Landesversammlung!

Wollt Ihr mitreden bei der Gestaltung der gesamten Steuergesetzgebung, bei der Neuordnung aller Verhältnisse der Beamten, Lehrer, der Offiziere, bei der Neubildung der ganzen Gemeinde- und Kreisverfassung? Dann wählt am Sonntag zur preussischen Landesversammlung, denn sie entscheidet über alle diese Fragen!

Wehe uns, wenn eine **sozialistische Mehrheit** mit bewußter Verleumdung des gemeinsamen Wohles aller Staatsbürger ihre einseitige Klassenherrschaft zur gewaltsamen Lösung dieser Fragen in ihrem Sinne mißbraucht! Die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit ist aber gerade für die preussische Landesversammlung ungeheuer groß,

weit größer als für die deutsche Nationalversammlung, weil die süddeutschen Staaten mit ihrer überwiegend bürgerlichen Beteiligung auscheiden und dem preussischen Staate anstatt der früheren Junkerherrschaft nunmehr eine sozialistische Klassenherrschaft droht! Sollen die Berliner Zustände in ganz Preußen einreißen? Nein und abermals nein!

Dagegen gibt es nur ein Mittel: Die Sammlung aller wahrhaft freiheitlich gesinnten Staatsbürger und -bürgerinnen in einer einzigen großen Partei, und das kann nur die

Deutsche demokratische Partei

sein!

Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung am letzten Sonntag, aus der die Deutsche demokratische Partei mit der höchsten Stimmenzahl hervorgegangen ist, hat klar bewiesen, daß nur sie imstande ist, den Kampf gegen die drohende

rote Flut

erfolgreich zu führen! Nicht die viel zu weit rechts stehende Volkspartei, nicht das nur seine eigenen engherzigen Interessen verfolgende Zentrum, sondern einzig und allein die **Deutsche demokratische Partei** vermag den festen Damm zu bilden, in dessen sicherem Schutz der Wiederaufbau des preussischen Staates und die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung sich schnell und dauerhaft vollziehen kann.

Darum, deutsche Wähler und Wählerinnen — denn jeder Nichtpreuße, der hier wohnt und in der Wählerliste steht, ist auch jetzt wieder wahlberechtigt! — kommt wieder zur Wahl wie am vergangenen Sonntag und bringt noch den letzten Mann und die letzte Frau mit, denn mehr als je ist diesmal Wahlrecht auch Wahlpflicht! Wer sein Recht nicht ausübt, verläßt seine Pflicht, es geht um alles! Deshalb wählt die

Liste Rade

der
Deutschen demokratischen Partei,
der wahren Staatsbürgerpartei der Zukunft!
Deutsche demokratische Partei.

Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Die Wahlen finden am **Sonntag, den 26. Januar 1919** statt, und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, soweit sie in Preußen wohnhaft sind — auch die Personen des Soldatenstandes — die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Für diese Wahlen bildet die hiesige Stadt einen Stimmbezirk für sich. Der Wahlvorsteher, sowie dessen Stellvertreter, sowie der Wahlraum bleiben dieselben wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Dies wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Idstein, den 17. Januar 1919.

Der Magistrat:
Leichtfuß, Bürgermeister.

Kartoffelversorgung.

Der Herr Regierungspräsident als Leiter der von der französischen Administration des Distrikts gebildeten Versorgungsamt (office de ravitaillement) hat angeordnet, daß die Kartoffelration der Selbstversorger auf 1 Pfund je Tag und Kopf herabgesetzt wird und die dadurch verfügbar gewordenen Mengen sofort den Bedarfsfreien, insbesondere aus dem Untertaunuskreis der Stadt Wiesbaden zugeführt werden.

Grund dieser Maßregel ist, daß die städtische Bevölkerung des besetzten Gebietes von Nassau, insbesondere die Stadt Wiesbaden, in kurzer Zeit ganz ohne Kartoffeln sein wird. Zuführen von auswärts sind nicht zu erwarten. Der großstädtischen Bevölkerung droht demnach, wenn nicht sofort Kartoffeln in ausreichendem Maße für die nächsten Wochen geliefert werden, die Hungersnot. So sehr ich die Maßregel im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Kreises bedauere, so muß ich doch an die Landwirte die dringende Mahnung richten, möglichst schnell und freiwillig die dadurch frei werdenden Kartoffelmengen zum sofortigen Abruf bereitzustellen. Die Landwirte des Kreises haben in der Kriegszeit ihre Opferbereitschaft durch gute Lieferung bewährt. Ich erwarte, daß Sie Ihre städtischen Mitbürger auch jetzt, wo deren Not größer als je zu werden droht, nicht im Stich lassen und mich nicht nötigen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die ich, wenn irgend möglich, ihnen ersparen möchte.

Langeschwalbach, den 21. Januar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Anordnung

über die Kartoffelversorgung für den Untertaunuskreis im Wirtschaftsjahr 1918/19 auf Grund der Verordnung des Herrn Reichskanzlers vom 18. Juli 1918, Reichsgesetzblatt Seite 737.

1. Der § 6 der Kreiskartoffelanordnung vom 13. September 1918, Kreisblatt Nr. 218, wird mit Rücksicht auf die in Wiesbaden bestehende Kartoffelnot und auf Anordnung der Aufsichtsbehörde wie folgt geändert:

Der Kartoffelbedarfsanteil der Selbstversorger für die Zeit von jetzt bis zum 14. August 1919 wird je Kopf und Tag von 1½ Pfund auf 1 Pfund unter Berücksichtigung des Schwundes für die vorgenannte Zeit auf rund 2,50 Zentner je Kopf festgesetzt.

2. Die hierdurch frei werdenden Kartoffelmengen sind seitens der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer sofort zur Lieferung an die Stadt Wiesbaden zur Verfügung zu stellen.

3. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. geahndet. Gemeinden und Erzeuger, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, machen sich haftbar und haben die Wegnahme sämtlicher Vorräte ohne Rücksicht auf ihren eigenen Bedarf zu gewärtigen. Kartoffeln, auf die sich eine strafbare Handlung bezieht, werden ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, ohne Entgelt weggenommen.

Langeschwalbach, 21. Januar 1919.

Der Kreisausschuß: von Trotha.

Häute und Felle

jeder Art zum Gerben oder gegen Kauf zu Tagespreisen werden jederzeit angenommen.

Serberei Peter Rheingans,
Sich im Taunus.

Einige

Acker-Grundstücke

und Garten zu verkaufen durch **J. Greden.**

Ordentliches Mädchen

für Küche und Hausarbeit sofort gesucht bei freier Station und guter Behandlung. Angebote mit Lohnangabe an **Friedrich Loh,**
Niedernhausen i. T., Bahnhofswirtschaft.

Wähler u. Wählerinnen!

Landwirte und Kleinbauern!

Laßt Euch nicht verheizen und beirren! Niemand will Euch **Euer Land nehmen!** Was **Euer** ist, soll auch **Euer** bleiben. Die Sozialdemokratie tritt wahrhaft ein für **Eure Interessen!**

Unser Kampf gilt nur jenem unsozialen Kapitalismus und Großgrundbesitz, der Euch und uns die Möglichkeit zu einem menschenwürdigen Leben nimmt.

Wählt am 26. Januar **alle** die Kandidaten der **Mehrheitssozialdemokratie**, wie Ihr es am 19. getan habt.

Wählt alle die Liste:

Gräf.

Wir danken Euch herzlich für **Euer Eintreten** und bitten weiter um **Euer Vertrauen.**

Die sozialdemokratische Mehrheitspartei.

Holzversteigerung.

Dienstag, den 28. ds. Mts., vormittags 10 Uhr (franz. Zeit), kommt im Heftricher Wald Distrikt 36 Todteberg folgendes Gehölz zur Versteigerung:

700 rm meist Buchen Knüppelholz
9445 Stück Buchen meist Pläntermellen.

Heftrich, den 21. Januar 1919.

Guckes, Bürgermeister.

Obstbäume

starke Ware, nur gute, tragbare Sorten, empfiehlt **Theodor Seidel.**

Im Ausbessern von Wäsche

empfehlen sich außer dem Hause
Frl. Weg, Simburgerstr. 1.

Tanz-Unterricht.

Mein diesjähriger

Tanzkursus

beginnt am 28. Januar abends 7 Uhr (franz. Zeit) im Gasthaus zum „Löwen“.

Einer recht zahlreichen Beteiligung entgegensehend, zeichnet

hochachtungsvoll

Gustav Baum, Tanzlehrer.

NB. Die geehrten Teilnehmer werden gebeten, sich bis spätestens Sonntag bei mir zu melden.